

Wahre Ruf

Organ der Marxisten-Internationalisten Österreichs

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13.

WIEN

Nr. 3

Feber 1934

6. Jahrg.

Erscheint 14-tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90.

„Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter“

Unter dieser Parole fand der erzwungene Aufmarsch der Berliner Arbeiter am 1. Mai 1933, am sogenannten »Tag der nationalen Arbeit« statt. Ein Jahr später, an selbigen Tag, soll das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« in Kraft treten, das die grausamste Verhöhnung des geschlagenen deutschen Proletariats darstellt.

Dem Proletariat, von dem Engels sagte, es hat den Ehrenposten der internationalen Vorhut des proletarischen Kampfes inne, legt man durch dieses Gesetz Sklavenketten an. Demselben Proletariat, welches sich im Rahmen seines politischen Befreiungskampfes Tarifverträge, Betriebsräte und die Vereinigungsfreiheit zur Erbringung künftiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfte und in diesem Kampfe gewohnt war die Waffe des Streikes anzuwenden, wird jetzt noch einmal der Verlust all dieser Rechte ausdrücklich gesetzlich bestätigt.

Es hat nichts mehr zu sagen, es ist völlig rechtlos geworden. Der § 1 dieses Gesetzes lautet:

»In Betrieben arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.« Und in § 2 heißt es: »Der Führer des Betriebes entscheidet den Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten.«

»In allen betrieblichen Angelegenheiten«, das heißt der einzelne Kapitalist setzt für seinen Betrieb die Löhne, die Arbeitszeit, den Urlaub und auch Strafen für alle möglichen Vergehen fest. Er ist an keinerlei Vorschriften gebunden, nur wenn es der faschistische Treuhänder für nötig befindet, erläßt er Richtlinien für den Inhalt von Betriebsordnungen und Einzelarbeitsverträgen. Der Kapitalist ist durch dieses Gesetz wohl verpflichtet eine Betriebsordnung zu erlassen, aber sie enthält nur neben den allgemeinen Arbeitsbedingungen, die unterste Grenze für die Entlohnung, den Urlaub, die Strafen usw. Das Gesetz ist vor allem darauf aus, daß für die gleiche Arbeit keine gleichen Löhne mehr gezahlt werden, weder gleiche Löhne in der selben Branche noch in demselben Betrieb. Es soll auch keine gleichen Manteltarife mehr für ein und dieselbe Branche und für einen demselben Betrieb geben. Jeder einzelne Kapitalist vereinbart mit jedem einzelnen Angestellten und Arbeiter seiner »Gefolgschaft« die Höhe des Urlaubes, des Lohnes, der Arbeitszeit usw. Der Faschismus glaubt durch diese Regelung, die Differenzierung in der Arbeiterschaft zu fördern und jeden kollektiven Widerstand aus Mangel an kollektiven Löhnen und kollektiven Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen.

Durch diese sogenannten »differenzierten Leistungslohn« soll die Grundlage des Klassenkampfes, die Solidarität, unmöglich gemacht werden und man hoffe der »Ausrottung des Klassenkampfes mit Schampf und Stiel« hierdurch einen großen Schritt näher gekommen zu sein. Und in diesem Sinne »treiben« dem Führer des Betriebes — aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes. Zu bestimmen haben sie nichts, sie dürfen nur Ratschläge geben, »die der Verbesserung der Arbeitsleistung — dienen«. Sie sollen Sklavenaufseher und Antreiber sein. Und diese »Vertrauensmänner« werden es sein, denn sie werden vom »Führer« des Betriebes im Einvernehmen mit dem Obmann der NSBO »aufgestellt«. Die Gefolgschaft hat zu bestimmen durch geheime Abstimmung Stellung zu nehmen. In Wirklichkeit hat selbst diese Farce auf keine Abstimmung nichts zu sagen, denn abgesehen davon, daß die Arbeiter nur mit »ja« oder »nein« antworten können und selbst keine eigene Liste aufstellen dürfen, werden in dem Fall, daß sie die Liste ablehnen, die Vertrauensleute von den Treuhänder ohne die Abstimmungsfarce — eingesetzt. Diese geheime Abstimmung soll wahrscheinlich den Ar-

beitern das Gefühl geben, als ob sie auch etwas zu sagen hätten. Daß der »Vertrauensmann« die Gewähr bieten muß, »daß er jederzeit rückhaltslos für den nationalen Staat eintritt«, mit anderen Worten, ein erprobter Faschist sein muß, ist klar.

Dieses Gesetz sieht auch eine »Soziale Ehrengerechtigkeitsbarkeit« vor. Es werden »Ehrengerichte« für »Führer« und »Gefolgschaft« geschaffen. Dem »Führer« kann aber hier rein gar nichts passieren, selbst wenn er durch irgend einen Zufall vor dieses Gericht kommen sollte, es sei denn, er sei Antifaschist. Denn »Verstöße gegen vor, wenn Führer des Betriebes — böswillig die Arbeitskraft der Gefolgschaft ausnutzen, oder ihre Ehre kränken«. Bekanntlich nutzt aber kein Kapitalist »böswillig«, sondern stets im Interesse des Betriebes, die Arbeitskraft aus. Dagegen kann der »Gefolgschaft« allerhand passieren, nämlich dann, »wenn sie den Arbeitsfrieden im Betrieb durch böswillige Verhetzung — gefährden«. Aber auch die kommen vor das Ehrengericht, die »wiederholt leichtfertig, unbegründete Beschwerden oder Anträge an den Treuhänder der Arbeit richten.« Neben Verwarnungen und Geldstrafen bis 10.000 Mark kann die »Entfernung vom bisherigen Arbeitsplatz«, d. h., die fristlose Entlassung ausgesprochen werden. Sollte aber das ordentliche Gericht oder die SA schon eingegriffen haben und der Arbeiter nach einem Konzentrationslager geschleppt haben, so beschäftigt sich das »Ehrengericht« mit dem Fall erst, wenn der Arbeiter wieder frei kommt.

Das Gesetz besteht selbst dort aus einer Kette von Anschlägen gegen die Arbeiterschaft, wo es sich den Anschein eines Schutzes derselben gibt. So ist ein Kündigungsschutz vorgesehen, nachdem jeder Arbeiter auf Rückgängigmachung seiner Kündigung klagen kann »wenn diese unbillig und hart und nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt ist.« Kommentar überflüssig. Aber damit ist ein wirklicher Schutz der Angestellten aufgehoben, die bisher, dann wenn sie über 30 Jahre und länger als 10 Jahre im Betrieb tätig waren, einen Kündigungsschutz insofern hatten, als sie 6 monatliche Kündigung besaßen. Aus Platzmangel müssen wir uns versagen, dieses Gesetz noch näher zu betrachten.

Zur Frage des Widerstandes.

Es ist klar, das Gesetz kündigt einen neuen Abschnitt der faschistischen Entwicklung an. Am 1. Mai tritt es in Kraft. Bis dahin gelten noch die alten Tarife. Dann aber wird ein Lohnraub einsetzen von ungeahntem Ausmaße.

Die Schläge auf den Magen der Arbeiter werden prasselnd niedersausen. Und wenn da viele zusammen mit der KPD glauben, das wird das Signal zum Sturze des Faschismus sein, sind sie leider in einem großen Irrtum befangen. Unsere deutschen Genossen schrieben Mitte April vorigen Jahres in einer ihrer illegalen Zeitungen in Bezug auf die Perspektive der Partei, daß der Faschismus im Winter zusammenbrechen wird, da er bis dahin die Millionenmassen seiner Anhänger schamlos betrügen muß: »Die ökonomischen Verhältnisse sind nur der Rahmen für soziale Bewegungen, sie bestimmen aber noch nicht, welche die politische Richtung, die revolutionäre, soziale Einsicht der Massen. Wenn wir von der Tatsache, daß der Faschismus in Deutschland das kapitalistische System verstärkt, den Zusammenbruch des Faschismus erwarten, dann werden wir in eine langandauernde Epoche sozialer und politischer Fäulnis eintreten, nicht aber in die revolutionäre Periode.« Den »Faschismus schlagen, bedeutet vor allem, dem nationalen Chauvinismus das proletarische Klassenbewußtsein gegenüberstellen, der nationalen Volksidee den Klassenkampf, der Kriegshetze die Revolution, dem staatlichen Machtapparat, die illegale revolutionäre Partei, gebildet aus marxistisch geschulten, selbständigen und selbstkritischen Proletariern.« Und heute fügen wir hinzu: den Faschismus schlagen heißt weiter, seinem »Gesetz zur Ordnung der nation-

alen Arbeit, gegenüberstellen die Idee der Solidarität aller klassenbewußter Arbeiter, dem »Führer«, den »Treuhändern« und den faschistischen »Vertrauensleuten« gegenüberstellen die illegalen, revolutionären Vertrauensleute des Proletariats, welche eng verbunden mit dem marxistischen Teil der KPD Hand in Hand arbeiten.

Am Kopf des Organs der revolutionären Vertrauensleute in Berlin stehen auf jeder Nummer immer wieder die Worte:

»Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht! Vorwärts und nicht vergessen die Solidarität!«

Um die Konkretisierung der Solidarität, der Schaffung des Gerippes dieser Solidarität und damit um die Frage illegale Gewerkschaften oder illegale Vertrauensleute geht heute der Kampf.

Die KPD hebt das Banner der illegalen Gewerkschaften so hoch es ihre schwachen Kräfte erlauben und hinter ihr humpelt einher die KPO und schreibt sich mit derselben Parole, der Beitragssperre gegenüber der Arbeitsfront den Mund heiser, ohne daß die Arbeiter daran denken, diese Parole durchzuführen. Die KPO spricht noch davon, daß man nicht alle Arbeiter, wegen der Illegalität wird organisieren können, sondern nur einen kleinen Teil und gibt damit das Wesen der Gewerkschaften preis. Die Partei aber schreibt in der gedruckten Metallarbeiterzeitung für Berlin und Niederhein: »Wir müssen dem letzten Metallarbeiter zum Bewußtsein bringen, daß in allen Metallbetrieben der Aufbau illegaler Gruppen einer neuen unabhängigen Metallarbeiter-Gewerkschaft das dringendste Gebot der Stunde ist.« »Dann sollen alle breite Organisationen, in die alle Metallarbeiter hineinsollen, geschaffen werden. Wir haben schon verschiedentlich das Falsche dieser Auffassungen klargelegt. Heute wollen wir in dieser Frage Lenin zitieren, der dazu unter dem Zitatismus folgendes schrieb, nachdem er die Unmöglichkeit nachgewiesen hatte, gleichzeitig geheime und doch breite Gewerkschaften zu schaffen: »Ein kleiner, festgefügtter Kern der zuverlässigsten, erfährtesten und gestähltsten Arbeiter, der in den Hauptbezirken seine Vertrauensleute hat und der nach allen Regeln der strengsten Konspiration mit der Organisation der Revolutionäre verbunden ist, kann unter breiterer Mitwirkung der Massen und ohne feste Form sämtliche Funktionen durchaus erfüllen, die der Gewerkschaftsorganisation obliegen. Man wird mir erwidern: eine solche Organisation, die so losse ist, daß sie überhaupt keine Form hat, daß sie nicht einmal eine registrierte Mitgliedschaft besitzt, kann überhaupt nicht als Organisation bezeichnet werden. Mag sein. Ich bestehe nicht auf dem Namen. Aber alles was notwendig ist, wird diese »Organisation« ohne Mitglieder tun. Wer aber unter dem Absolutismus eine breite (bei Lenin unterstrichen) Arbeiterorganisation haben will, der ist einfach ein unverbesserlicher Utopist.« (Lenin in »Was tun?«) Galt das unter dem Zitatismus, wie viel mehr gilt es unter dem Faschismus!

Heute sind in Deutschland die illegalen Vertrauensmänner noch sehr spärlich vorhanden. Dennoch werden es sie sein, die jetzt die proletarische Aktion gegen dieses Gesetz der industriellen Sklaverei organisieren.

Sie müssen jetzt die ganze Ungeheuerlichkeit des Anschlages auf die Arbeiter, den dieses neue Gesetz bedeutet, den Arbeitern klarlegen. Sie haben keine legale Presse, keine Versammlungsmöglichkeit um dies zu tun. Aber deshalb wird ihre Arbeit nicht anspruchslos, sondern nur sehr schwer sein. Wo immer die faschistische Arbeitsfront es wagt, Versammlungen einzuberufen um den Arbeitern das Gesetz schmackhaft zu machen, dort muß man versuchen, in der Form von Anfragen das Augenmerk der Arbeiter auf die entscheidende Frage zu lenken, daß der Ausbeuter gleichzeitig Herr über Lohnhöhe, An-

beitszeit, Urlaub und Strafe ist. Gewiß ist es nicht möglich, die Arbeiter zum Massenstreik aufzurufen. Aber ob es nicht möglich sein wird, wenigstens vereinzelte Teilkonflikte auszulösen und so den deutschen Arbeitern ein Signal zu geben, das zu beurteilen maßen wir uns im Ausland nicht zu, daß muß von den revolutionären Arbeitern in jedem Betrieb selbstständig beurteilt werden; darüber sich von Betrieb zu Betrieb zu verständigen, dazu dienen die illegalen Vertrauensmänner.

Aber eine Form der Abwehr ist gewiß möglich; können die Arbeiter auch noch nicht durch Massenstreiks das Sklavengesetz zerbrechen, so können sie

immerhin dagegen protestieren, indem sie überall die faschistischen Kandidaten ablehnen. Sollen die Treuhänder ihre Kommissäre als Fronvögte einsetzen.

Das neue Gesetz wird den Klassenkampf in Deutschland nicht nur nicht aus der Welt schaffen, sondern im Gegenteil, es schafft geradezu die Voraussetzungen für einen Verzweikampfungskampf des geknebelten Proletariats, für spontane Aktionen elementaren Charakters wie die Arbeitskämpfe unter dem Frühkapitalismus. Auf die Perspektiven und Aufgaben für das revolutionäre Proletariat, die sich aus dieser Situation ergeben, wollen wir nächstens eingehen. Angelo.

Der Kirchenkonflikt und das deutsche Proletariat!

Der »Zweifronten-Krieg« des deutschen Faschismus, um die kirchlichen Widerstände niederzubrechen, geht weiter, mehr als das, er nimmt an Umfang und Tiefe zu: sowohl der protestantische wie der katholische Krieg. In seinem Ursprung ist der protestantische Widerstand von dem katholischen verschieden. Die protestantische Kirche war nie eine selbständige geistige Macht, sondern ein ohnmächtiges willenloses Deckzeug in der Hand der Landesherren. Sie verdankt diese Stellung dem Sieg Luthers an der Seite der Fürsten über die erste deutsche Bauernrevolution, dem deutschen Bauernkrieg.

Von allen möglichen Widerstandszentren ist das innerhalb der protestantischen Kirche für den Faschismus am unerwarteten gewesen. Er hatte gehofft, auf dem Boden des Protestantismus entscheidende geistige Kräfte für seinen Anspruch als »Weltanschauung« zu gewinnen. Hier sollten die muffig-spielerischen Plattheiten der Hittlerlei ihre Taufe gleichsam als »neue Reformation«, als Fortentwicklung des Protestantismus erfahren.

Bekanntlich war dieser Versuch anfangs erfolgreich. Es entstand die Fraktion der »Deutschen Christen« innerhalb des Protestantismus, die, gestützt auf die Staatsmacht, die Kirchenmehrheit um den gewählten Reichsbischof Bodenschwinger übernahmte und die Einsetzung des Faschisten Müller als Reichsbischof erzwang. Die Mehrheit fügte sich schweigend.

An die Spitze der protestantischen Kirche gelangt, geriet der Kirchen-Faschismus sofort in eine Krise: konnte er sich mit der politisch-organisatorischen Unterwerfung des Protestantismus begnügen oder mußte er selbst seine geistigen Fundamente sprengen, die in scharfem Widerspruch zum Rassen-Kretinismus der NSDAP stehen? War es tragbar, jüdische Intellektuelle zu foltern, die Kändler der lebenden Juden in den Schulen grauam zu verhöhnen und gleichzeitig den toten Juden des alten Testaments göttliche Ehre zu erweisen? War eine Lehre, wie das Christentum überhaupt tragbar, die in ihrer Grundeinstellung passivistisch und anational ist, die sich historisch im offenen Gegensatz zu der nationalen Idee des Judentums und seinem Erhebungsversuch gegen die römische Tyrannei gebildet hatte?

Der Faschismus als politische Organisation konnte es nicht wagen, den Kreuzzug gegen das Christentum offen zu proklamieren und seine fauligen, geistigen Produktionen als »deutsche Religion« zu proklamieren. Die faschistische Diktatur konnte nicht, noch zu den ökonomischen und sozialen Widersprüchen, deren sie nicht Herr wird, einen riesenhaften Kulturkampf heraufbeschwören.

Die konsequentesten Vertreter des Faschismus in der protestantischen Kirche, die »Deutschen Christen«, aber eröffneten diesen Kampf um die nationale Reinigung des Christentums gegen das verjudete alte Testament, während die faschistische Diktatur sich neutral verhielt und den Ausgang des Kampfes abwartete.

Die Kriegserklärung der deutschen Christen an die geistigen Grundlagen des Christentums, das geistige Pogrom gegen die jüdischen Apostel, hat die Kirchengemeinde tief aufgewühlt. Der protestantische Bauer im Norden und Osten Deutschlands, der protestantische Kleinbürger in den Städten ist seit Monaten von einer tiefen Unruhe erfüllt. Oh, er war gewiß ein nationaler Mann, er glaubt an Gott, Bismarck und daß am deutschen Wesen die Welt genesen muß. Aber er glaubte auch an das dritte Reich der Steuerfreiheit, des Wirtschaftsaufschwunges und der Brechung der Zinsknechtschaft. Aber dem jubelierenden Hitler-Frühling ist ein kalter, bitterer Winter gefolgt. Der Erbhof hat dem Bauern keine Freude bereitet; wohl kann er ihm nicht gepfändelt und verkauft werden, aber er kann auch keine neuen Kredite auf den unverkäuflichen Hof aufnehmen.

Statt daß die Erwerbslosigkeit zu Ende geht und neuer Konsum zur Hebung der Agrarpreise führt, hat man ihm, halb bittend, halb drohend gezwungen, den Arbeitslosen, den er im Juli—August zur Saisonarbeit nahm, über den Winter zu behalten, als Opfer im nationalen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Und ähnlich geht es dem städtischen Kleinbürger, dem Krämer, der täglich spenden soll und den der Steuereinnahmer überfällt, den Beamten, dessen Lohn gekürzt wird, dem Intellektuellen, der wirtschaftlich keinen Ausweg sieht und sich in der geistigen Oede, die sich im Zeichen Göbbels ausdehnt, verdammt zu der Kulturmagazine des Propagandaministeriums, nicht wohl fühlt.

Und durch die Städte und Dörfer Deutschlands geht ein Gespenst, von solchem Grauen, daß, wer ihm begegnet, in seiner Seele zutiefst erschreckt wird: das blutige Gespenst des Terrors. Einer erzählt es dem anderen: von dem totgetretenen Landarbeiter, den auf der Flucht erschossenen Arbeitern, den gemarterten Intellektuellen, den Blut- und Sauforgien in den SA-Kasernen.

Lange Zeit glaubte der rechtschaffene, protestantische Kleinbürger nicht an die Greuel, sondern verabscheute die »hinterhältige« Greuelpropaganda. Der Reichstagsprozeß hat seinen Glauben tief erschüttert; wenn es erlogen war, daß die Kommunisten den Reichstag anzündeten, was soll man dann noch der Regierung glauben?

Aus dieser Atmosphäre heraus erwuchs der kirchlich-protestantische Widerstand gegen die Deutschen Christen. Gewiß: die Spitzen der Bewegung ahnen nichts von den sozialen Stößen, die ihrem Kampf, dem Kampf des »Pfarrernobundes«, Auftrieb verschaffen. Sie glauben, es ist das religiöse Gemüt des deutschen protestantischen Volkes, das die Kirchen füllt; sie wissen nicht, daß unter den Bedingungen der geistigen Knechtschaft die Religion, unter den Bedingungen der politischen Knechtschaft die Kirchenorganisation zu einem Sammelzentrum der Unzufriedenheit und des Widerstandes der konservativen, nationalen, aber nichtfaschistischen Massen wird.

Sie wissen es nicht, aber die faschistischen Machthaber wissen es sehr wohl. Tritt ihnen doch der gleiche Widerstand in viel schärferer und gefährlicherer Form im Süden und Westen Deutschlands im Katholizismus entgegen. Die katholische Kirche in Deutschland ist im Bismarckschen Reich zu einer politischen Kraft geworden. Um sie scharten sich die gegensätzlichen Schichten im Kampf gegen das preußische Junkertum mit der protestantisch-hohenzollerischen Spitze. Katholischer Adel und Geistlichkeit gaben dem Zentrum der Bismarckschen Kulturkampf-Periode äußeren Glanz, aber seine massive Basis bildete das städtische Kleinbürgertum und die bäuerliche Masse im Süden und Westen. Und dazu kam die starke katholische Arbeiterbewegung Oberschlesiens.

»In Oberschlesien prägte sich der Klassengegensatz besonders scharf aus, wo der polnisch-katholische Bergmann dem deutsch-protestantischen Werksdirektor gegenüberstand.« (A. Rosenberg: »Entstehung der deutschen Republik«, S. 19).

Der konservativ-kleinbürgerliche und bäuerliche Widerstand gegen den aufsteigenden Finanzkapitalismus und gegen die zentralistische, junkerlich-militaristische Diktatur fand in den siebziger Jahren im Zentrum, der politischen Partei des Katholizismus, seinen Repräsentant.

In der Weimarer Republik, die nicht nur die proletarische Revolution im Blute erstickte, sondern sich auch gegen die junkerlich-monarchistische Restauration schlecht und recht wehrte — vor allem solange das Proletariat revolutionär auftrat, wie im Kapp-Putsch 1920 — war das Zentrum die eigentliche politische Partei des Bürgertums, die sich mit der SPD zu einem festen Block zusammenschloß, der bis 1931/32 dauerte.

Der Sieg, zunächst des junkerlichen Bonapartismus 1932 und schließlich des Faschismus 1933, hat die konservativen kaiserlichen Massen des Katholizismus, die Süddeutschland politisch beherrschten, zurückgeworfen. Im Süden trägt der Faschismus infolge fehlender Massenbasis einen stärkeren lumpenproletarischen Charakter als im Norden, er wird von den Massen noch stärker als eine terroristische Abenteuerbande betrachtet als im Norden, wo er eine viel breitere Massenbasis besitzt.

In Westdeutschland und Oberschlesien steht der Katholizismus dazu noch unter dem starken Druck der proletarischen, katholischen Massen, deren Organisationen vom Faschismus ebenso zerstört wurden, wie die sozialistischen, deren Rechtslosigkeit im Betrieb ebenso groß ist wie die der sozialistischen Arbeiter.

Der Faschismus hatte geglaubt, sich den Frieden mit dem Katholizismus durch ein Konkordat mit dem Papste zu sichern. Er hat seine Rechnung ohne die katholischen arbeitenden Massen gemacht. Hat man ihnen ihre politischen Rechte genommen, sie sozial entrechtet, ihre Wirtschaftslage verschlechtert, droht man sie als Kanonenfutter für den nahenden Krieg zu vernichten, so antworten sie darauf, indem sie ihre Kirchen überschweben, und wenn der Priester sich nicht von seinen Getreuen lösen will,

wenn er nicht zulassen will, daß andere, illegale revolutionäre Kräfte die katholischen Arbeitermassen mitreißen, dann muß er wenigstens versuchen, dem Ausdruck zu geben, was die Kirchengemeinde mit tiefster Unruhe erfüllt: er muß zum Sprecher ihrer Anklage gegen das Regime werden. Und der Druck, unter dem Priester stehen, ist nicht gering. Gebunden an das Beichtgeheimnis hört der Pfarrer mit Schrecken das Jammern und die Klagen seiner Beichtkinder: all die Tränen und das Meer von Blut, all das Elend und die Willkür der faschistischen Schreckensherrschaft ziehen an seinem geistigen Auge vorüber, wenn er dem Unbekannten im Beichtstuhl sein Ohr leihen muß.

Aus dieser Atmosphäre heraus haben katholische Priester die Messe für die 6 hingerichteten Kommunisten in Köln lesen lassen, hat ein Priester das Werk des Faschismus von der Kanzel herab als Teufelswerk verflucht. Und die Bischöfe, überflutet von den Briefen des unteren Klerus, der auf die steigende Erbitterung im Volk verweist, können nicht schweigen: rechts von ihnen versucht der Faschismus die Jugend an sich zu reißen, links von ihnen ist die illegale Arbeiterbewegung, die den katholischen Arbeiter zu gewinnen versucht. Vor ihnen aber steht der katholische Kleinbürger und Bauer in tiefer Unruhe und Erbitterung.

Und so erklingt denn auch aus dem Munde der reaktionären Bischöfe manches offene Wort gegen den Faschismus. In München predigt Faulhaber jeden Sonntag und die Massen überfluten die Kirche. In Trier versendet der Bischof Briefe, in denen er auffordert, nur die katholische Presse zu lesen, auch wenn die Faschisten ihm deswegen als »Hochverräter« brandmarken.

In Stuttgart ruft der katholische Universitätsprofessor Adam zum Bekenntnis zum alten Testament, und wirft die Frage auf: »Kennst denn die deutsche Geschichte Männer wie Petrus und Paulus? Für die katholische Kirche ist die jüdische Geschichte ein einzigartiges Erlebnis«. Greift der Faschismus die Grundlagen des Christentums an, so antwortet der Katholizismus damit, daß er die Heilslehre und die Heiligen des Faschismus ihres mystischen Zaubers entkleidet und sie damit entwertet. Darin liegt das Progressive im gegenwärtigen Kampf des Katholizismus trotz seines reaktionären Charakters.

Das deutsche Proletariat und seine illegalen revolutionären Organisationen können sich nicht darauf beschränken, in den kirchlichen Konflikten des Faschismus die Verschärfung der inneren Gegensätze unter der Diktatur festzustellen. Sie müssen versuchen, die unterirdischen Umgruppierungsprozesse in den katholischen Volksmassen zu beeinflussen, weiterzuführen.

Die erste und wichtigste Voraussetzung dafür ist die Festigung der illegalen Arbeit des sozialistischen, klassenbewußten Proletariats. Nur eine feste, revolutionäre illegale Arbeiterorganisation mit einer klaren revolutionären Perspektive und einer klünnen und revolutionären illegalen Presse vermag auf die katholischen Arbeiter Einfluß zu gewinnen und darüber hinaus auf die katholischen Kleinbürger und Kleinbauern. Das Hauptaugenmerk ist auf den katholischen Widerstand zu legen, der viel breiter und unmittelbarer ist als der protestantische. Je weiter sich der katholische Widerstand entfaltet, je entschlossener er sich dem Faschismus und seinen religiösen Ansprüchen entgegenstellt, umso stärker wird der Widerstand des »Pfarrernobundes« innerhalb des Protestantismus gegen die »Deutschen Christen« werden.

Vergessen wir aber nicht: von allen Widersprüchen unter dem Faschismus ist der Kirchenkonflikt zwar gegenwärtig der auffälligste, doch im leichtesten zu einem Kompromiß gelangen. Sie kann, ohne ihre Herrschaft unmittelbar zu erschüttern, die »Deutschen Christen« und sogar den Reichsbischof Müller fallen lassen. Sie kann dadurch dem katholischen Widerstand die religiöse Spitze abschwächen. Als selbständiger Konflikt, abseits vom proletarischen Klassenkampf, wird der Kirchenkonflikt nicht die Grundlagen der faschistischen Diktatur zu erschüttern vermögen. Dies, um alle Illusionen darüber zu beseitigen, daß etwa die katholische Jugenddemonstration mit Fahnen und Uniform in Stuttgart anläßlich der Heiligjahrfeier und der bereits erwähnten Rede Professor Adams, der Anfang einer neuen Welle des antifaschistischen Massenkampfes geworden ist — unter der »Führung der KPD« wie die Pariser »L'Humanité« zu behaupten wagt.

Liegt also das Schwergewicht zweifellos auf der Entfaltung der passiven Resistenz und die Weiterentwicklung dieser noch passiven Form des Kampfes in aktive Kampfformen, so enthebt uns diese zentrale Aufgabe nicht der Pflicht, eine konkrete Taktik des Proletariats zur Gewinnung der katholischen Arbeiter und Weitertreibung des katholischen Widerstandes gegen den Faschismus zu entwickeln. Wissen wir doch selbst aus der Erfahrung unserer kleinen Gruppe, daß sich in Südwestdeutschland sogar ehemalige örtliche Zentrumsmitglieder an unsere Genossen um illegales antifaschistisches Material gewandt haben.

Entscheidend in diesem Zusammenhang ist der atheistische Charakter des revolutionären Marxismus, der viele katholische Arbeiter abschreckt. Es wird notwendig sein, unsere Stellung zum katholischen Ar-

beiter genau klarzustellen und dies kann nur in der Form geschehen, daß wir über unser Verhältnis zur Religion sehr eindeutig sprechen.

Wenn der katholische Arbeiter mit uns arbeiten will, dann wird es uns sofort sagen: »Ich verbreite nur Material von Euch, wenn es nichts gegen die Religion und Kirche enthält.« Wir müssen dem katholischen Arbeiter sagen: »Wir sind Marxisten und haben als solche keine Religion und keinen Glauben, sondern wissenschaftliche Erkenntnisse und Grundsätze. Wir verstehen es daher, daß Du als katholischer und gläubiger Arbeiter nicht in unsere politische Organisation eintreten willst. Wir fordern Dich auch nicht dazu auf. Aber wenn Du bereit bist, mit uns gegen den Faschismus zu arbeiten, mit uns an seinem revolutionären Sturz mitzuwirken, dann können wir ehrlich zusammenarbeiten. Wir werden Dir nur solches illegale Material zur Verbreitung geben, das nichts Antireligiöses enthält. Mehr noch: wenn die SA in die Kirche mit Gewalt eindringen will um

Deinen Priester von der Kanzel zu reißen, weil er den Faschismus als Teufelswerk geißelt, wir Ungläubigen sind bereit, mit Dir zur Kirche zu gehen, nicht um zu beten, sondern nur Deinen Priester zu schützen.«

Wir müssen so den katholischen Arbeiter überzeugen, daß er von seinem religiös-ethischen Standpunkt aus sich sagt: »Das Christentum der Tat ist heute bei den Ungläubigen, den marxistischen Arbeitern.« So werden wir auch die Besten unter ihnen im Laufe der Zeit für unsere Ideen, für den Marxismus gewinnen und die katholischen Arbeiter endgültig von der reaktionären Politik der Klassengemeinschaft lösen, in die sie die Kirche und das Zentrum getrieben haben.

Ist aber einmal ein fester, antifaschistischer Block zwischen marxistischen und katholischen Arbeitern geschlossen, dann ist die proletarische Führung der Volksmassen gesichert.

und mit außerordentlicher Kühnheit in Aragonien, Katalonien, in Andalusien und in der Estremadura geschlagen. Dieser Putsch, von vornherein zum Mißlingen verurteilt, wird nur der Reaktion zugute kommen. Unter den gegebenen Umständen war er nur ein neues Abenteuer der Anarchisten. Er drückt im höchsten Maße die Unzufriedenheit und Verzweiflung der Massen aus.

Die Juli-Tage der russischen Revolution, die Januar-Tage 1919 in Deutschland, diese spontanen, anarchischen Verzweiflungskämpfe der Massen, die ihre ganze Hoffnung in die demokratische Revolution gesetzt haben und von ihr enttäuscht worden sind, dieser Wutausbruch als Folge der Enttäuschung, das Bild all dieser Kämpfe haben wir da und dort, zerstückelt und verstreut, in den spontanen Kämpfen in den spanischen Dörfern und Städten im Verlauf der letzten Jahre wiedergefunden. Der letzte anarchische Aufstand zeichnet uns dieses Bild mit steigender Gewalt und steigender Ausbreitung. Die wachsende Enttäuschung liefert den Anarchisten zweifellos ihre besten Truppen. Truppen, die es glänzend verstehen, zu siegen oder zu sterben.

Wenn die allgemeine Unruhe und tiefe Unzufriedenheit unter den gegebenen Bedingungen nicht politisch geführt wird, wird es unweigerlich immer wieder zu solchen spontanen Kämpfen kommen. Ihr jeweiliger Zusammenbruch wird auch jede siegreiche Perspektive der Revolution zunichte machen. Man kann die Revolution für lange Zeit in einer großen Schlacht besiegen, man kann sie aber auch in blutigen Teilkämpfen zum Verbluten bringen.

Die Wahlen vom 19. November und 3. Dezember geben, wir wiederholen es, kein getreues Bild der Kräfteverhältnisse. Die Reaktion weiß das besser als sonst jemand. Ein rechtes Blatt in Valencia schreibt: »Nur nicht überreiben. Wir sind weit davon entfernt, die Gefahr gebannt zu haben. Sie droht uns noch. Wenn sich eines Tages die Sozialisten, Kommunisten und CNT (anarchistische Syndikalist) verbinden, dann wäre ihre legale Kraft niederschmetternd und ihre außerparlamentarische die größte Gefahr, die jemals auf Spanien gelastet hat. Dieses Bündnis aber entzieht sich ganz unserer Kontrolle. Es hängt von ihnen, nicht von uns ab. Wenn sie sich 1931 für die politische Revolution verbündet haben, warum nicht für die soziale, die die proletarische Diktatur mit allen ihren Konsequenzen in ihre Hände legen würde?«

Die Reaktion bereitet sich daher auf den Bürgerkrieg vor. Ein Geheimschreiben Gil Robles an seine Parteioptionen verlangt Listen der Mitglieder, die es verstehen, Autos, Straßenbahnen zu führen, Elektrizitätswerke zu leiten. Es wird auch von der Schaffung einer Privatschule für Luftschiffahrt gesprochen. In Andalusien stellt man Listen der revolutionären Kämpfer auf, um sie niederzuschlagen, wenn die Stunde gekommen ist. Um Zeit zu gewinnen und das Proletariat zu entwaffnen, erklärt Gil Robles, daß er die republikanische Regierung Lenoux unterstützen wolle, daß er mit dem Faschismus nichts gemein habe, daß er vielmehr der ehemaligen Volkspartei des Pfarrers Sturzo nahe stehe, die Mussolini vernichtet hat. Den ungeduldrigen Rechten predigt er Mäßigkeit und Vorsicht; nichts soll ihnen im Augenblick teurer sein als soziale Friede und Ordnung. In diesen letzten Worten erkennt man deutlich die Furcht der etwas klarer sehenden Reaktionen, die Furcht davor, daß sich das Wahlergebnis gegen sie wenden könnte, indem es die Massen aufrüttelt und den Kampf entfesselt, ehe die Reaktion noch zum Kampf gerüstet ist.

Diese Angst ist alles andere als unbegründet. Die Wahlen haben für Spanien eine Periode entscheidender Kämpfe eröffnet. Das Ende dieser Kämpfe wird entweder der Sieg der proletarischen Diktatur oder der Sieg der schwärzesten Reaktion sein. Darum geht der Kampf und nicht um die Frage: Demokratie oder Faschismus. Wenn Spanien nicht über diese letztere Fragestellung hinauskommt, dann ist die Republik und die mageren Rechte, die noch bestehen, verloren.

Die Wahlen zur Nationalversammlung nach dem Sturz Napoleon III. und des zweiten Kaiserreiches ergaben in Frankreich auf 700 Deputierte 450 Monarchisten.

Dieses Wahlergebnis, das so plötzlich die Gefahr einer Restauration offenbarte, führte zur Schaffung der Nationalgarde und der Ernennung des Zentralausschusses.

Einige Monate später siegte die Commune von Paris.

Werden die spanischen Wahlen uns die Einheitsfront der Arbeiterorganisationen geben, die proletarischen Kampfgruppen?

Das bäuerliche Spanien ist weit davon entfernt ein Reservoir der Reaktion in dem Maße zu sein, wie es das bäuerliche Frankreich 1871 war. Es ist im Gegenteil in seinem entscheidenden Teil ein ungeheures Reservoir für die Revolution.

Dies sind die wirklichen Perspektiven und die Lage in Spanien, wie uns scheint.

Die Krise der spanischen Revolution

Von Juan Rustico.

(Schluß).

Der Weg der Republik bis zu den letzten Wahlen war nichts als ein Zweikampf zwischen den Massen, die wirklich die Revolution wollten und dem bürgerlich-republikanischen Regime. Die sogenannten Reformen, die die Republik bewilligt hatte, waren nur Nebenprodukte dieses Kampfes wie die Republik selbst nur ein Nebenprodukt des Kampfes der Massen gegen das alte Regime war.

Betrachten wir kurz das Wesentlichste:

1. Die religiöse Frage. Im Mai 1931 setzten die Massen die Klöster in Brand. Die Bewegung wuchs im Oktober stark an, als man in den Cortes den Teil der Verfassung diskutierte, der sich mit der Kirchenfrage befaßt. Ein Deputierter sagte damals: »Wenn wir zögern werden, eine Entscheidung zu treffen, werden es die Massen auf der Straße tun.« Man hatte den Mai noch nicht vergessen.

Lerroux gestand später, im April 1932: »Die Vertreibung der Jesuiten war eine staatliche Maßnahme, um eine noch größere Gefahr abzuwenden.« Aber welche war schließlich die religiöse Reform?

Das Konkordat unter dem Bourbonenkönig ließ drei religiöse Orden in Spanien zu. Das republikanische Gesetz alle 203, die wirklich existieren. Die Kirchengüter wurden nicht enteignet. An die ökonomische und soziale Basis der Kirche wurde nicht gerührt. Die Pfaffen haben weiter Stimmrecht und die Republik hat mit dem Frauenwahlrecht auch den Namen das Stimmrecht gegeben.

Diese Macht der Kirche hat in den letzten Wahlen ihren Ausdruck gefunden. Sie erwies sich als die aktivste Kraft im Dienste der Reaktion. In Massen kamen sie, Pfaffen und Nonnen, aus ihren Höhlen gekrochen, um ihre Stimme abzugeben. Sie mobilisierten die Frauen.

2. Zur Charakterisierung der Arbeit der republikanischen Regierung in der Agrarfrage genügt die Deklaration, die der Präsident der Cortes, eben der Sozialist Julian Besteiro, verfaßt hat: »Angesichts der tragischen Situation der bäuerlichen Bevölkerung konnte die Spanische Republik nicht untätig bleiben. Das Problem, das wir zu lösen haben, ist ungeheuer groß. Wir werden Milliarden und viel Zeit brauchen. Aus Mangel an Geld und Zeit begnügen wir uns mit schönen Phrasen.«

Dieser Zynismus bedarf keines Kommentars.

3. Alle Anstrengungen, die Kämpfe der Arbeiter zu unterdrücken, haben jetzt in dem Machwerk, das sich »Gesetz zur Verteidigung der Republik« nennt, ihren Ausdruck gefunden. Die sozialistischen Abgeordneten haben für dieses Gesetz gestimmt; es war in den Händen des sozialistischen Arbeitsministers und Sekretärs der reformistischen Gewerkschaftszentrale, Largo Caballero, zu einer Waffe der Unterdrückung der revolutionären Gewerkschaften geworden. Dieses Gesetz gibt den Behörden die Macht, die demokratischen Freiheiten zu beseitigen und die Arbeiterorganisationen aufzulösen, wann immer sie es für notwendig halten. Von einem beabsichtigten Streik müssen die Behörden 10 Tage vorher benachrichtigt werden und weiterhin dürfen Streiks nur für primitive wirtschaftliche Ziele geführt werden.

Alle Solidaritäts- oder andere Streiks sind untersagt.

Diese Tatsachen bringen etwas Licht in das Ergebnis der letzten Wahlen. Der Sieg der Rechten schien überwältigend. Das Kleinbürgertum wurde von Panik ergriffen. Einige der repräsentativsten Mitglieder des sterbenden Regimes wurden nicht wiederbewählt. Die Partei des »Jakobiners« Azana hat nur 5 Sitze in den Cortes, die Sozialisten haben 50 Prozent ihrer Sitze verloren.

Wir betrachten wir die Dinge einmal näher. Was uns interessiert, das ist die wirkliche Einstellung der Massen. Spiegeln die Wahlen sie tatsächlich wider? Geben die Massen den Kampf um den Boden, für ihre Rechte auf. Weichen sie kampflös vor der Reaktion?

Die Rechten haben ihren Kampf unter dem Banner des Antimarkismus und mit folgendem Minimalprogramm geführt: 1. Revision der weltlichen und sozialisierenden Gesetzgebung, 2. Hegemonie der

Landwirtschaft in der Volkswirtschaft. 3. Politische Amnestie.

Mit einem Wort Rückkehr zum halb-feudalen Regime.

Die Wahlen haben den Wert gehabt, mit einem Schlag die Arbeit, die die republikanische Regierung unter dem Deckmantel großer, demokratischer Phrasen, geleistet hat, zu enthüllen. Auf dem Lande hat die Republik nichts an dem ehemaligen Stand der Dinge geändert. Die Großgrundbesitzer, die »Kaziken«, die lokalen Behörden, die Pfaffen, die wahren Herren in allen den kleinen, verstreuten Dörfern, sie alle haben ungehindert ihre Wahlpropaganda machen können. Man hat selbst die Toten zur Wahlurne geschickt. Die Regierung erklärt stolz, sich jeder Intervention enthalten zu haben. Und gesteht so, daß sie sich hat gewähren lassen. Man darf nicht vergessen, daß es in Wirklichkeit in Spanien kaum so etwas wie geheime Wahlen gibt.

Die Zulassung der Frauen, die die Republik weder der sozialen Sklaverei noch dem Einfluß der Kirche entziehen hat, hat der Rechten gewaltig geholfen. Man bedenke, daß die Stimmzahl der Frauen höher war als die der Männer. In ganz Nordspanien erfolgten die Wahlen unter der Parole der Kirche: »Für oder gegen Gott«. Man muß noch hinzufügen, daß der radikalste Teil der Jugend von den Wahlen ausgeschlossen ist, weil man in der Republik erst mit 23 Jahren stimmberechtigt ist.

Die Rechten sind überall mit einer Einheitste erscheinen, um eine Zerspaltung ihrer Stimmen zu verhindern; die verschiedenen Links- und die Arbeiterparteien aber hatten meistens beim ersten Wahlgang getrennte Listen. Da es in Spanien kein Verhältniswahlrecht gibt, sondern nach Majorität und Minorität geht und die Rechten fast überall eine Majorität zusammenbrachten, gelang es ihnen, eine imposante Zahl von Abgeordneten durchzubringen, ungefähr 217 von 473. Man kennt noch nicht die Endergebnisse; es scheint gleichwohl, daß als Folge dieses Wahlsystems die Zahl der Abgeordneten der verschiedenen Richtungen nicht den Stimmzahlen entspricht.

Aber all das sind untergeordnete Fragen. Entscheidend ist es auf der einen Seite, daß die Reaktion ihre ganze Macht gezeigt hat und folglich moralisch und real verstärkt aus diesem Kampf hervorgeht, mit größerem Selbstvertrauen, aggressiver und entschiedener denn je.

Sind auf der anderen Seite die bäuerlichen Massen, das Kleinbürgertum, das noch zur Demokratie hält, geschlagen, besiegt? Das ist die entscheidende Frage.

Die Wahlen haben mit brutaler Offenheit die drohende Gefahr aufgezeigt. Sie haben in den Volksschichten eine mächtige Bewegung entfesselt. Das ist ihre positive Seite.

In letzter Zeit ist in der Sozialdemokratie Spaniens eine mächtige linke Strömung entstanden, die sich zur Diktatur des Proletariats und zur sozialen Revolution bekennt. Die kommunistische Partei — eine junge Partei, die keine andere Tradition hat als die ihrer Fehler — hat ungefähr 200.000 Stimmen bekommen. Im Juni 1931 waren es 60.000 gewesen. Diese Tatsache zeigt, nebstbei gesagt, welche Anziehungskraft die III. Internationale und die Oktoberrevolution trotz der verhängnisvollen Politik des Zentralismus auf die Arbeitermassen haben.

Die Unruhe des Kleinbürgertums zeigt sich darin, daß die Minister nach dem ersten Wahlgang zurücktreten wollten und die Annullierung der Wahlen verlangten. Der Justizminister Botella ist zurückgetreten und hat erklärt, daß die Wahlen »gefälscht, schwindelhaft und unehrenhaft (!) gewesen sind. Er forderte die Auflösung der neuen Cortes. Die sozialistische Parlamentsfraktion, über die Regierungsbildung befragt, empfahl gleichfalls Auflösung der Cortes. Ihr Beweggrund war der, daß die Cortes ein normales Funktionieren einer republikanischen Regierung nicht gewährleisten.

In dieser fieberhaft gespannten Atmosphäre machen nun am 8. Dezember die Anarchisten ihren Putsch. 6 Tage lang haben sie sich voller Erbitterung

Die SAP — heute, gestern und morgen

Wir haben bei unseren kritischen Betrachtungen über die politischen Faktoren, die zur Niederlage des deutschen Proletariats geführt, den Hauptantritt gegen die verräterische Kapitulationspolitik des Reformismus und gegen die verhängnisvolle strategische Orientierung des Stalinismus gerichtet. Wir haben es dagegen nicht für notwendig betrachtet, das Augenmerk der revolutionären Arbeiter auf die SAP zu richten. Innerhalb Deutschlands hatten wir dagegen im Sommer 1933 eine ziemlich scharfe Kampagne gegen die SAP durchgeführt, da die Gefahr bestand, daß der Zusammenbruch der SPD, der nach dem 17. Mai, dem Kniefall Löbes im Reichstag einsetzte, wertvolle sozialistische Arbeiter in die Sackgasse der SAP treibt.

Diese Gefahr besteht gegenwärtig nicht. Die Schwäche der SAP auf ideologischem Gebiet und die ungeheuren Verluste infolge mangelnder Erfahrung, die sie als aktive antifaschistische Kraft nahezu völlig lahmgelagert haben, haben die SAP die Möglichkeit genommen, auf die Differenzierung innerhalb der illegalen SPD-Gruppen einen entscheidenden Einfluß zu nehmen.

Die SAP verschwindet in Deutschland, aber sie ist unsso fieberhafter in der Emigration bestrebt, die Politik und die Methoden, die in Deutschland zu ihrer Zersetzung geführt haben, weiterzuentwickeln, und sowohl die SPD-Emigration zu verwirren als auch in der ausländ. Sozialdemokratie das Ausreifen der radikalisierten sozialdemokratischen Arbeiter zum revolut. Marxismus zu verhindern.

Wir werden uns daher in den Spalten unserer Presse eingehender als bisher mit der SAP befassen müssen. Wir veröffentlichen heute einen Artikel aus unserem illegalen Berliner »F« (Nr. 7/8. August 1933), der zur Frage der SAP grundsätzliche Stellung nimmt und auch heute noch nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat.

Die „neue“ Partei

Bekanntlich glaubt sich die SAP berufen, das Erbe der KPD anzutreten. Sie empfiehlt sich den revolutionären kritischen Elementen, dem oppositionellen KP-Leuten, den linken Sozialdemokraten, insbesondere der Jugend, als die »neue«, die »echte«, die »wahre« Kompartei. Sie behauptet, daß sie — im Gegensatz zu den beiden großen Parteien — als geistiger Sieger aus dem Zusammenbruch hervorgegangen ist. Prüfen wir diese Behauptungen im Lichte der Erfahrung, dann sieht die Sache ein klein wenig anders aus.

Die SAP wurde im Herbst 1931 von Seydewitz und Rosenfeld gegründet. Sie umfaßte zu diesem Zeitpunkt ungefähr 50.000 Mitglieder. Politisch stand die Gründungskonferenz im Zeichen der USPD-Ideologie. Pazifismus und Scheinradikalismus herrschten vor. Die Gründung der SAP erweckte bei manchen die Hoffnung, daß nunmehr eine »neue Epoche« der Arbeiterbewegung beginne. In der Brandlergruppe, der stets eine prinzipielle Grundlage fehlte, grupperte sich um Karl Frank, Walcher, Frölich, Enderle, Rosi Wolfstein ein rechter Flügel, der sich für den Altbrandlerismus von 1923 erklärte, die Preisgabe der Idee einer Arbeiter- und Bauernregierung durch Brandler-Thalheimer aus schärfste bekämpfte und für den Eintritt in die SAP eintrat. In der russischen Frage begannen diese Rechtsbrandlerianer scharfste Kritik, wobei sie sich aber nicht der revolutionär-marxistischen Linie näherten, sondern der links-sozialdemokratischen. Die linkssozialdemokratische Entwicklung der Walcher-Frank-Frölich kam besonders scharf nach ihrem Eintritt in die SAP zum Ausdruck. So führte Walcher auf dem Parteitag in Berlin, Ostern 1932 aus, der Nationalbolschewismus in der KPD werde ihr von Stalin befohlen, um im Interesse Rußlands auf diese Weise einen Block Deutschland—Frankreich zu verhindern. Karl Frank zog später die Konsequenz aus dem »Verrat Stalins« und ging zur SPD. Die Walcher-Frölich hatten dabei vergessen, daß sie es 1923 waren, die gemeinsam mit Radek und Brandler-Thalheimer den Nationalbolschewismus in die KPD gebucht hatten. Damals unter der gemeinsamen Führung Brandler-Walcher-Frölich, schrieb die »Rote Fahne« vom 18. Aug. 1923:

»Sogar mit Leuten, die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben, werden wir zusammengehen, wenn sie in unsere Reihen treten wollen.«

Und Frölich trat zu gleicher Zeit in kameradschaftlichen Gedankenaustausch mit dem Faschistenführer Raventlow, dessen Artikel in der »R. F.« abgedruckt wurden. Wir meinen, daß bei einer so tiefen Mitschuld an dem ideologischen Verfall der KPD, insbesondere aber an der Niederlage von 1923, den heutigen Führern der SAP, den gewissen Rechtsbrandlerianern, etwas mehr Bescheidenheit ziemen würde. Auch die greisliche Schminke macht aus einer alten Vettel keine Jungfrau und so sehr sich die Führer der SAP als die Träger des »Neuens«, als die »Erneuerer des Kommunismus« gebärden, sie bleiben dennoch, was sie stets waren — Opportunisten.

Vielleicht, könnte ein naiver junger Leser fragen, haben sie aber aus der Erfahrung gelernt? Man kann Politiker nicht nur aus ihrer Vergangenheit beurteilen, man muß vor allem ihren gegenwärtigen politischen Kurs prüfen. In der Zeit der letzten Entscheidung, im Februar 1933, trat die SAP mit einer wahrhaft revolutionären Idee auf: sie organisierte innerhalb der Arbeiterklasse eine Volksabstimmung für die Einheitsfront. Wir schrieben damals über diese Politik:

»Die Führer der SAP zeigen mit dieser hellen neuen Aktion von neuem, wie tief in ihnen das kleinbürgerlich-demokratische Denken noch wurzelt, wie schwer es ihnen fällt, die Schritte zu begreifen, auf die es gegenwärtig ankommt.«

Wir zeigten gleichzeitig der SAP die Schritte, die in dieser Situation notwendig waren, die Schaffung von Kampfgruppen für die Einheitsfront. Die SAP aber verharrte auf ihrer opportunistischen Position; gleichzeitig geriet sie in offene Zersetzung: der Seydewitz-Siemens-Flügel, die Mehrheit ihres Parteivorstandes, ging zur SPD zurück, ein anderer Flügel, Rosenfeld-Dora Fabian usw. suchten Anschluß an die KPD. Die Entscheidungen im Februar-März, der faschistische Umsturz, fand die SAP als zersetzte, verwirrte und zersplitterte Gruppe.

Der Parteitag Anfang März, unmittelbar nach dem Hitler-Sieg, zeigt die furchtbare Schwächung der SAP. Bevor noch die offene Zersetzung der Organisationen durch den Faschismus eingesetzt hatte, ist die SAP von 50.000 auf 14.000 Mitglieder zurückgegangen. Seither hat der faschistische Terror ihre Organisation nicht weniger schwer verwüstet als die SPD und KPD.

Politisch zeigte der März-Parteitag der SAP wie weit diese zentristische Partei davon entfernt ist, eine Kompartei zu sein. Ihr Hauptredner führt in seinem politischen Referat u. a. aus:

»Die sozialdemokratische Partei hat nicht nur schamlos kapituliert, sondern ist im Begriff, geradezu die Schwengung zum Faschismus zu vollziehen, wobei man sich allerdings fragen muß, ob der Faschismus sich den Luxus einer solchen Oppositionspartei leisten wird.«

Im März hatten die Führer der SAP noch nicht begriffen, daß der Faschismus ein politisches System ist, das mit der Aufrichtung des politischen Monopols steht und fällt.

Die Zukunft des Reformismus ist für die »Marxisten« an der Spitze der SAP klar; ihr Redner zur politischen Lage führt am Parteitag aus, »daß die politische Bewegung des Reformismus in Deutschland ihrer völligen Vernichtung entgegengeht.« »Famos, Hitler arbeitet indirekt, doch für die Revolution!«

Von entscheidender Bedeutung aber ist die völlig falsche Einschätzung des Verhältnisses zwischen Bourgeoisie und Faschismus. Der »entscheidende« Widerspruch im Faschismus ist, nach dem Parteitagsredner der SAP, die unaufhörliche Spannung zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum. »Die Bourgeoisie ist schon heute nicht mehr Herr der Situation. Das Übergewicht der beiden Partner liegt schon heute beim Faschismus.« Der Faschismus wird zu einer dritten sozialen Kraft, die sich sowohl Bourgeoisie wie Proletariat unterordnet. Die Gefährlichkeit dieser Auffassung ist klar: sie führt zu einer völligen Verwischung des klassenmäßig antifaschistischen Kampfes, zur »antifaschistischen Konzentration« aller Gegner des Faschismus, von der »demokratischen« Bourgeoisie bis zum revolutionären Proletariat. Gewiß wollen die Theoretiker der SAP nicht die Politik der italienischen Sozialdemokratie; aber ihre Unklarheit über die Wechselbeziehung zwischen Bourgeoisie und Faschismus fördert objektiv solche Stimmungen im Proletariat. Der wirkliche Gegensatz, nämlich der erbitterte Kampf zwischen Industriekapital und Großgrundbesitz, der die Bourgeoisie zwingt, die politische Macht dem Faschismus zu überlassen und mit seiner Hilfe die Hegemonie der Junker zu brechen, diesen Gegensatz sehen die »Marxisten« der SAP nicht. Es mutet wie blutiger Hohn an, wenn die Führer der SAP — deren Spitzen ehemals der Brandlergruppe angehörten — heute umgetauft als junge SAP-Führer — die KPD als toten Hund behandeln und jene Kräfte verspotten, die die KPD nicht preisgeben. In ihrem Auslandsorgan »Die neue Front« Nr. 1 versuchen sie Verwirrung in die Reihen der rev. Arbeiter zu tragen, indem sie schreiben: »Wir sind für die neue Partei oder was dasselbe ist, für den Neuaufbau der Partei.« Wir meinen, es ist ein kleiner Unterschied, ob die rev. Arbeiter die KPD von Grund auf neu aufzubauen wollen, nachdem sie vom Faschismus zerschlagen wurde, oder ob wir die linkssozialdemokratische SAP als die »neue Kompartei« betrachten! An offener Demagogie aber grenzt es, wenn die in SAP-Führer umgetauften Altbrandlerianer der Brandlergruppe ihre Verantwortung für 1923 verhalten und dabei ihre eigene Mitverantwortung verschweigen, obgleich diese größer ist als die Brandlers, denn die »jungen SAP-Führer« hatten heute noch an dem von Brandler bereits 1931 aufgegebenen Kurs auf eine Arbeiter- und Bauernregierung fest.

Das letzte und eines der entscheidenden Kriterien für die Bewertung einer revolutionären Partei ist ihre internationale Orientierung. Und gerade auf diesem Gebiete zeigt sich der echt linkssozialdemokratische Charakter der SAP. Am 10. und 11. Juli

hielt sie in Brüssel eine gemeinsame internationale Tagung mit der norwegischen Arbeiterpartei, den englischen und holländischen Unabhängigen ab.

Die Führer der 2½ Internationalen stimmten in Brüssel einstimmig dafür, daß die Neuaufbauung der deutschen Arbeiterbewegung »soweit möglich Hand in Hand mit der linken Opposition (Trotzkisten)« durchgeführt werde. Die norwegischen Sozialdemokraten sind in Deutschland einstimmig dafür, das SAP und Trotzkisten nicht einmal den Trost einer neuen Partei läßt, sondern sich selbst als diese betrachtet. Die »Nendischen Kommunisten« der SAP umarmen brüderlich die Sozialdemokraten in Norwegen und bescheinigen ihnen, daß sie »entwicklungsfähiger« sind als die Austromarxisten. Nein, dieser internationale Sumpf mag noch so schillern und irrlichtern, die revolutionären Arbeiter wird niemand über das Wesen der SAP täuschen. Was wir über sie schreiben, als sie 1931 gegründet wurde, das gilt für sie heute, wo Walcher den Seydewitz ersetzt, nicht weniger:

»Die SAP als Partei für den rev. Marxismus zu erobern, ist unmöglich, denn das Wesen der SAP ist das des organischen Zentristismus; gewiß, sie wird sich phrasologisch nach links entwickeln, wenn der Druck von unten stark ist. Eine revolutionäre, marxistische Aktionspartei wird aus diesem Bastard nicht werden.«
(»K«, Nr. 7, November 1931, Berlin)

Eggerstedt

In einem Konzentrationslager nahe der holländischen Grenze wurde vor wenigen Wochen der ehemalige sozialdemokratische Polizeipräsident von Altona, Hans Eggerstedt, von SA-Banden ermordet.

In dem furchtbaren Ende Eggerstedts spiegelt sich die ganze Tragödie der deutschen Sozialdemokratie wider. Eggerstedt war es, der mit dem Blutbad in Altona Anfangs Juli 1932 der Konterrevolution das Signal zum Losschlagen gab.

Er gab als Polizeipräsident von Altona Anfangs Juli 1932 den Faschisten die Bewilligung für einen Aufmarsch durch die Arbeiterviertel in Altona, dessen Durchführung er mit Waffengewalt gegen die Arbeiter Altonas erzwang. 18 erschossene Arbeiter waren die Opfer dieses Kampfes — denen ein Jahr später vier weitere Arbeiter folgten, die die faschistische Justiz am 1. August 1933 enthauptete.

Der Sozialdemokrat Eggerstedt glaubte durch diese Politik der starken Hand gegen das Proletariat die Macht der Preußenregierung Brauns-Severing zu befestigen und die Stoffkraft der Nazis gegen die SPD zu schwächen.

Das Ergebnis dieser Politik folgte unmittelbar: der 20. Juli, der Sturz der Preußenregierung durch den Staatsstreich Papen-Scheicher.

Die Konterrevolution — damals noch mit der bonapartistischen Spitze — hatte den Zeitpunkt des Losschlagens geschickt gewählt. Sie wußte, daß die SP-Führer viel zu verfault sind, um gegen den Staatsstreich an die Massen zu appellieren. Und sie rechnete damit, daß der revolutionäre Teil des Proletariats, erbittert durch das Blutbad von Altona, verwirrt durch die Politik der Stalinisten, nicht die Kraft haben werde, selbständig gegen den Staatsstreich anzukämpfen und die sozialdemokratischen Massen mitzureißen.

Die Politik Eggerstedts schließt organisch die Politik der deutschen Sozialdemokratie vom 12. November 1918 ab. Diese Politik hat die proletarische Revolution im Keime erstickt und schließlich selbst die bürgerliche Republik der Konterrevolution ausgeholfert. Als Dank dafür hat die siegreiche Konterrevolution die Sozialdemokraten in die gleichzeitigen Kerker und Konzentrationslager geworfen wie die Kommunisten, ihre Partei vernichtet, viele ihrer Aktivsten ermordet, unter ihnen jetzt auch Hans Eggerstedt.

An unsere Wiener Leser!

Wir fordern unsere Wiener Leser auf, die das Blatt bei Zeitungsständen kaufen, bei unserer Redaktion, Wien, V., Gartengasse 1/13, zum Zwecke eines Meinungsaustausches oder Mitarbeit vorzusprechen.

Die Redaktion

Spendet Preffonds!